

Eine Partei ohne Skrupel

AFD-Parteitag: „Höckes langer Marsch“, FR-Politik vom 20. Juni

Der geplatzte Parteitag der rechts-extremen AFD in Riesa hat eindringlich bestätigt, wie wichtig die Beobachtung dieser Gruppierung durch den Verfassungsschutz ist. Die fälschlich als gemäßigten bezeichneten Akteure wie Alice Weidel und Tino Chrupalla und die Protagonisten des offenen faschistischen „Flügels“ wie Björn Höcke gaben durch ihre Redebeiträge keinen Anlass, die AFD auch nur ansatzweise als demokratisch zu bezeichnen. Höcke plädierte offen für Bündnisse mit der rechtsterroristisch angelegten NPD und dem Dritten Weg. Eine offene Distanzierung gab es hierzu vom Bundesvorstand nicht. Wer nach dem Parteitag so naiv ist, diese Gruppierung im Verfassungsbogen zu verorten, dem ist nicht mehr zu helfen. Die AFD ist gefährlich für diese Demokratie und zeigt inzwischen ohne Skrupel ihre hässliche Fratze. Ich fühle mich bestätigt, die Wehrhaftigkeit dieser Republik immer wieder einzufordern und verlange einen Verbandsantrag gegen die AFD.

Manfred Kirsch, Neuwied

Es fehlt vor allem an Platz

Zu: „Die Bahn wird zur Chefsache“, FR-Wirtschaft vom 23. Juni

Wenn Verkehrsminister Wissing von der Autopartei FDP die Sanierung des Eisenbahnnetzes zur Chefsache erklärt und auch noch behauptet, dass deren Finanzierung bereits gesichert sei, dann sind das zwar zugkräftig klingende, aber hohle Parolen. Die maßgebende Ursache für die Bahnmisere sind weniger die Strecken, sondern hauptsächlich die fehlenden Gleiskapazitäten in den Bahnknoten. Zu viele Züge und zu wenig Gleise. Da aber die Knotenbahnhöfe in bestehenden städtischen Strukturen zu betonierte sind (siehe Frankfurt), dürfte die Verbreiterung der Bahnanlagen an fehlendem Platz scheitern. Also bleiben nur zusätzliche unterirdische Gleise mit gigantomanischen Bauwerken wie Stuttgart 21 und entsprechend ausufernden Kosten. Wie diese Finanzierung gesichert sein soll, ist mir ein Rätsel. Aber das soll ja nun Wissens neue „Steuerungsgruppe Deutsche Bahn“ lösen. Man darf gespannt sein.

Joachim Bohndorf, Bensheim

SORRY

In unserem Leitartikel „Bewerber mit Sorgen“ (25.6., S. 13) haben wir Micheil Saakaschwili als Vater der ukrainischen Wirtschaftsreformen bezeichnet. Als Staatspräsident Georgiens war er für die georgischen Reformen verantwortlich. Und der gelbe Bläser, den Ursula von der Leyen im Text trägt, ist natürlich ein Blazer.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220629

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit den Künstlerinnen Vroni Schwegler und Anja Harms und dem Künstler Guido Zimmermann über ihre Arbeit.
Mittwoch, 29. Juni, 19 Uhr, Galerie Das Bilderhaus, Hermannstraße 41, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen politischen Themen.
Livestream: www.fr.de/hebelstunde
Donnerstag, 30. Juni, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Kein Toter hat den Frieden nähergebracht

Deutschland und die Ukraine: „Verunsichertes Land“ und „Kein großer Wurf“, FR-Meinung vom 21. und 23. Juni

Froh um jedes Zögern unserer Regierung

Der Artikel ermutigt mich, das zu schreiben, was mir immer wieder in den Sinn kommt. Ich bin froh, dass Bascha Mika ausspricht, dass es eine stille Menge gibt, die oft nicht mit der „veröffentlichten Meinung“ übereinstimmt.

Ich habe Angst vor Putin, ich habe auch Angst vor Selenskyi. Darf ich das schreiben? Das erste ja, aber das zweite? Aber es ist so. Ich verstehe all die Beteuerungen, er kämpft auch für unsere Freiheit. Wobei es die ukrainischen Männer sind, die das Land nicht mehr verlassen dürfen. Meine Solidarität zu den Werten der Demokratie sagt mir: Nein, das darf ich jetzt nicht schreiben. Aber es drängt sich mir immer wieder auf. Und das ist auch Demokratie, andere Sichten zuzulassen.

Auch wenn es unpopulär ist, ich glaube nicht daran, dass genügend Waffen und Panzer die Lösung sind. Ich bin froh um jedes Zögern unserer Regierung und glaube, dass dieses Zögern nicht unser Unvermögen, unser Desinteresse oder unsere Angst ist, sondern weil es einen anderen, besseren Weg geben muss, diesen Krieg zu beenden.

Was ist, wenn die Ukraine siegt? Dann sagt Putin, ok, geklärt, ich habe das Spiel verloren, hier ist meine Grenze, glaubt irgendjemand daran? Ich nicht, aber was wird dann sein? Wird die Ukraine dann sagen: So, jetzt sind die Russen wieder unsere Freunde? Wenn es keine Einigung gibt, die allen Kriegsparteien einen Weg aus der Situation zeigt, gibt es kein Ende. Natürlich ist der, der anfängt, immer der offensichtliche Aggressor, aber es gibt immer einen Grund für Aggression, und dazu gehören immer zwei Seiten.

Mir geht es nicht darum, wer schuld ist. Ich bin fest davon überzeugt, ein Panzer mehr oder hundert oder tausend sind nicht die Lösung. Muss nicht unsere gesamte politische Anstrengung dahin gehen, ein Ende des Krieges zu finden, das Russland einbezieht?

Es gibt einen Verein „Zelterschule e.V.“. Dessen Gründerin

und ihr Team unterstützen seit Jahren den Aufbau von Schulen in Flüchtlingscamps in Syrien. Sie schreibt, sie hat viele Helden gesehen, die ihre Leben opfern. Kein Toter, hat den Frieden ein Stück nähergebracht, Held werden kann man schnell, aber Kompromisse schaffen wenige.

Unsere Welt geht aus den Fugen, der Klimawandel zwingt uns, uns endlich als eine Spezies „Mensch“ wahrzunehmen und zu überlegen wie wir überleben können. Aber was tun wir? Wir radikalisieren uns rund um den Erdball. Wo ist da der Haupt- und wo der Nebenschauplatz?

Michaela Kaiser, Schwalbach

Konfliktforschung will Interessen würdigen

Zu recht weist Bascha Mika auf die Diskrepanz der Sichtweisen von regierungsnaher kriegstreibender Presse und kriegsmüder Bevölkerung hin. Sie wird noch größer werden, wenn die Sicht der Konfliktforschung bekannter wird. Die Ukraine wollte 2013 bilaterale ost-westliche Handelsabkommen. Putin war bereit, die EU wollte nur ohne ihn. Janukowitschs weise Verweigerung einer reinen Westorientierung führte zum Putsch gegen ihn. Die folgende provisorische Regierung verbot die russische Sprache und Kultur in den prorussischen Gebieten, vor allem auf der Krim und im Donbass. Rechte Nationalisten schlugen prorussische Proteste brutal nieder wie beim Massaker von Odessa am 2. Mai 2014. Prorussische Referenden zielten auf sprachliche und kulturelle Autonomie. Putin unterstützte noch keine Abspaltung. Die im Minsk-II-Abkommen von der Regierung nach ukrainischem Recht zugesagten Kommunalwahlen für Luhansk und Donezk fanden nicht statt, so wenig wie der beidseitige Abzug von Söldnern. So eskalierte der Bürgerkrieg im Donbass zu einem gegenseitigen Vernichtungskrieg, seit dem 24.2.2022 zu einem entsprechenden Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen und Putin – auch Ministerin Baerbock will ja Russland größenwahnsinnhaft „vernichten“ unter Inkaufnahme der atomaren Selbstvernich-

tung und beklagt „Kriegsmüdigkeit“. Statt die Vernichtung mit Waffen anzuhetzen, will Konfliktforschung Interessen würdigen. Kriegsziel ist deshalb die Befriedung des innerukrainischen Konflikts durch Wiedergewährung kultureller Autonomie in prorussischen Gebieten und ost-westlicher bilateraler Wirtschaft. Deutschland kann versuchen, Putin zum Einlenken zu locken mit Nord Stream 2 unter Vermittlung des Grenzgängers Schröder. So können auch die Regierung und die verständig kriegsmüde Bevölkerung Deutschlands versöhnt werden.

Friedrich Gehring, Backnang

Als wäre der Krieg ein Sandkastenspiel

Ein wohlthuender Leitartikel besonders auch in Hinsicht auf den Krieg in der Ukraine, verbunden mit Selbstkritik an einem verbreiteten Journalismus, der sich „maulheldenhaft in Schützengräben tummelt“. Diese Menschen reden in Fernsehen und Presse daher, als wäre der Krieg ein Sandkastenspiel. Aber es gibt zum Glück in der Tat eine Diskrepanz zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung. Bei den Normalbürgern findet man weit weniger Hurra-Geschrei.

Am 22.6. schrak z.B. Johannes Hano (ZDF) bei Markus Lanz nicht davor zurück zu konstatieren, dass die Nato einer Konfrontation mit Russland nicht entgegenkommen könne und Russland in die Knie zwingen müsse. Ich fürchte er weiß nicht, was er da geistig absonderte. In diesen Tenor stimmt SPD-Chef Klingbeil ein, der für Deutschland nach achtzig Jahren Zurückhaltung den Anspruch einer Führungsmacht postuliert. Hört! Hört! Ja, nach achtzig Jahren kann man mal wieder richtig loslegen und „militärische Gewalt als legitimes Mittel der Politik sehen“, wie er meint. Ausgerechnet Deutschland wird nach Russland dann über die stärkste Armee in Europa verfügen. Das wird leider nicht nur in Russland nicht gerne gesehen werden. Auch in Paris und London wird das nur Argwohn hervorrufen. Vielleicht nimmt Klingbeil doch besser mal Nachhilfe in Geschichte. Klaus Boll, Frankfurt

Widerstand gegen den Totalitarismus

Demokratie vs. Autokratie: „Weltbilder und Weltordnung“, FR-Feuilleton vom 8. Juni

Die Entwicklung zur modernen freiheitlich-demokratischen Staatsform hat weniger mit nostalgischen, z.T. falschen Rückblicken auf Strukturen des antiken Griechenlands zu tun. Entscheidend waren hierfür die Wegbereiter der Neuzeit, zuerst in England, dann in Frankreich. So entwickelte z.B. John Locke (1632 bis 1704), Philosoph und Vordenker der Aufklärung, in seinen „Abhandlungen über die Regierung“ bereits im Jahr 1690 gegenüber einer autokratischen, absolutistischen Staatsidee die liberale, freiheitliche Staatsauffassung. Zum Zweck der Erhal-

tung des natürlichen Zustandes und Rechtes des Menschen auf Freiheit und Gleichheit erlegen sich die freien und mündigen Menschen bewusst gegenseitig verfasste Schranken auf. Gegen menschenunwürdige Systeme sind Widerstände nicht nur erlaubt, sondern geboten.

Zum Schutz der natürlichen Rechte der Bürgerinnen/Bürger ist die Staatsgewalt in eine gesetzgebende (Legislative) und eine die Staatsleitung ausübende Gewalt (Exekutive) geteilt. Nach Ergänzung dieser Gewalten durch die unabhängige richterliche Gewalt (Judikative) wurde

diese Forderung nach Gewaltenteilung durch Montesquieu (vgl. dazu: L'esprit des loix, vom Geist der Gesetze, 1748) zu einem der Grundpfeiler der liberalen Staatsform. Diese Grundsätze der Aufklärung mit den Idealen von Freiheit, Gleichheit, Bildung, Toleranz prägen seither in weiten Teilen der Welt die Kultur und ersetzen die fehlende politische Mitbestimmung.

Wer möchte also heute noch einem Staat das Wort reden, der auf einen die Freiheit des Einzelnen in Frage stellenden Totalitarismus Anspruch erhebt?

Josef Draxinger, Bad Birnbach